

Heidemarie Uhl

Perspektivenwechsel auf die Vergangenheit

Waldheim und die Folgen

Ich möchte meine Überlegungen zum Perspektivenwechsel auf die österreichische NS-Vergangenheit mit einem Titelblatt des „Spiegel“ vom 14. April 1986 beginnen, auf dem Sie gewissermaßen die Leitmotive, die die Waldheim-Debatte bestimmt haben und die auch den Blick auf Österreich zum Teil bis heute bestimmen, sehen können. Sie sehen eine schöne Landschaft, die Berge, womöglich ein See - das könnte auch das Salzkammergut sein - und darüber den Schatten des Faschismus – eine zum Hitlergruß erhobene Hand, versehen mit dem Titel „Österreichs stiller Faschismus. Der Fall Waldheim“. Dieses Bild indiziert gewissermaßen zwei Motive die hier zusammen fallen, nämlich jenes, das Österreich von 1945 bis zur Waldheim-Affäre in die Kategorie „Insel der Seligen“ einreicht, jenes Land das gewissermaßen außerhalb der Debatten um den Nationalsozialismus steht. In der Bundesrepublik Deutschland waren seit den 60er Jahren diese Debatten ja im Zusammenhang mit den Prozessen um NS-Verbrechen ganz zentral. Österreich war außerhalb dieser Diskussionen, war außerhalb des negativen Bildes einer von der NS-Vergangenheit belasteten Nation, das sich auf die BRD konzentriert hat.

Was nun 1986 im Rahmen der Waldheim-Debatte geschieht, lässt sich durchaus als eine Zäsur, als ein Perspektivenwechsel bezeichnen, nämlich das Umschlagen vom goldenen Mythos der Insel der Seligen, des ersten Opfers des Nationalsozialismus, zum schwarzen Mythos, Österreich gewissermaßen als Naziland. Ernst Hanisch hat das einmal in einem Aufsatz ganz klar gegenübergestellt: Hier der positive Mythos vom „ersten Opfer“ und da gewissermaßen die „schwarze“ Gegenerzählung, Österreich als Tätergesellschaft, verantwortlich für viele Verbrechen des Nationalsozialismus.¹

Eines sollte in dieser Diskussion noch dazu kommen: Die späten 80er und 90er Jahre waren ja auch die Phase, in der Österreich zur Europäischen Union beigetreten ist, das heißt, spätestens nach dem EU-Beitritt 1995 beginnen die Debatten um Österreich auch Teil einer europäischen Diskussion zu werden. Sie war es zum Teil schon vorher in der Wahrnehmung, das zeigt auch die „Spiegel“-Titelgeschichte. Insofern könnte man die Waldheim-Affaire als erste transnationale geführte Debatte um die NS-Vergangenheit bezeichnen – da Waldheim als UN-Generalsekretär einen so hohen Bekanntheitsgrad besaß, wurde das Thema auch international in den Medien auf die Agenda gesetzt. Nach 1995 galt Österreich - als Teil der

Europäischen Union - mitunter als der braune Fleck auf der europäischen Landkarte. Nach der Bildung der Regierungskoalition von ÖVP und FPÖ im Jahr 2000 veröffentlichte etwa die französische Tageszeitung „Le Monde“ eine Reihe von Karikaturen über Österreichs „unbewältigte“ Vergangenheit, eine davon zeigte die Europa-Fahne, in der einer der Sterne durch ein Hakenkreuz ersetzt ist. Insgesamt erscheint in der internationalen Wahrnehmung durchaus bis heute Deutschland als das Land, das den Nationalsozialismus erfolgreich aufgearbeitet hat, das aus der Geschichte gelernt hat, während bei Österreich die verdrängte NS-Vergangenheit als Teil des nationalen Images noch immer sehr stark präsent ist.

Mit dem heutigen Blick auf 1986, 20 Jahre danach, können wir sehen, dass Österreich in einem gewissen Sinn eine Laborsituation darstellt. Das ist allerdings erst mit dem Blick aus der zeitlichen Distanz möglich. Im Jahr 1986 waren die Debatten zwischen den Pro- und Contra-Lagern – die sich nicht immer mit den politischen Lagern überschneiden mussten – dermaßen emotionalisiert, bis hinein in die Familien, zwischen den Generationen. Die Trennlinien gingen so tief, dass ein reflexiver, distanzierter Blick gar nicht möglich war. Diejenigen unter Ihnen, die sich diese Zeit noch vor Augen führen können, können sich vielleicht noch lebhaft daran erinnern, wie die damaligen Debatten gerade auch in den Familien gelaufen sind.

Aber auch auf wissenschaftlicher Ebene lassen sich neue Sichtweisen feststellen. Aus heutiger Perspektive stellt sich die Waldheim-Affäre nicht ausschließlich als „Austrian Affair“ dar, sondern als die österreichische Variante in einem gesamteuropäischen Prozess des Zerfalls der Nachkriegsmythen, als Präzedenzfall für das, was in den meisten europäischen Ländern seit Mitte der 80er Jahre den Blick auf den Nationalsozialismus ganz grundlegend verändert hat. Das Jahr 1986 war in der BRD durch den Historikerstreit geprägt, ein Jahr zuvor hatte die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zur 40. Wiederkehr des Kriegsendes eine neue Position zur NS-Vergangenheit markiert. Diese geschichtspolitischen Positionierungen waren der Beginn eines Perspektivenwechsels in der Bundesrepublik Deutschland, wo eigentlich seit den 60er Jahren die NS-Vergangenheit ganz exemplarisch aufgearbeitet war – aber offenkundig trat auch die BRD in eine Phase des Neuverhandelns ein, offenkundig musste man sich auch hier mit den Gegenerzählungen zum offiziellen Geschichtsbild auseinandersetzen, wie dem Aufrechnen von Vertreibungs- und NS-Verbrechen.

Dahingehend könnte man die Waldheim-Debatte und ihre Folgen in die europäische Phase des Neuverhandelns des Geschichtsbildes einordnen, die seit den 80er Jahren bzw. seit 1989

nicht allein für west-, sondern auch für osteuropäische Staaten zu konstatieren ist – ich folge hier den Kategorien des New Yorker Historikers Tony Judt². Die 80er Jahre waren demnach der Beginn des Zerbrechens der Nachkriegsmythen. Judt hat den die west- und osteuropäischen Gesellschaften durchdringenden Nachkriegsmythos auf folgenden Nenner gebracht: das Postulat der Unschuld des eigenen Volkes und die Projektion der Schuld auf Deutschland, also de facto auf die Bundesrepublik Deutschland, denn diese Schuldprojektion gab es natürlich auch in der DDR. Das heißt, jedes europäische Land hat gewissermaßen seine eigene Variante dieses transnationalen Geschichtsmythos der „Externalisierung“ der Verstrickungen in den NS-Herrschaftsapparat, der Zurückweisung der Mitverantwortung am Nationalsozialismus, von Kollaboration usw. und der Projektion der Schuldfrage auf die Bundesrepublik. In den 80er Jahren lässt sich in vielen Ländern ein Zerbrechen dieser entlastenden Nachkriegsmythen beobachten, und hier war die Waldheim–Debatte die österreichische Variante, Kurt Waldheim gewissermaßen ein Aufklärer wider Willen, der die Grundsatzdebatte um den Ort des Nationalsozialismus in der nationalen Geschichte ausgelöst hat.

Die auf das Zerbrechen des Nachkriegsmythos folgende Phase könnte man nun als Perspektivenwechsel bezeichnen. Das macht das österreichische Beispiel ja auch aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive so faszinierend im Vergleich zu anderen, etwa Frankreich und den Niederlanden, wo es verschiedene Debatten um Kollaboration gab, wo sich jedoch keine Zentraldebatte festmachen lässt. In der Bundesrepublik stand eher die Frage im Mittelpunkt, ob man die Verbrechen der Roten Armee bzw. die Vertreibungen mit den Verbrechen des Nationalsozialismus vergleichen kann. In Polen haben Forschungsergebnisse zu einem lokalen Massaker - in der Kleinstadt Jedwabne wurden im Juli 1941 300 bis 400 jüdische Bewohner von Polen ermordet – die Frage aufgeworfen, ob nur die Deutschen die Täter sind oder ob es auch eine polnische Involvierung in den Vernichtungsprozess gab.

In vielen europäischen Gesellschaften zerbricht somit seit den 80er Jahren der Mythos der Unschuld des eigenen Volkes und die Frage nach der „eigenen“ Beteiligung am Nationalsozialismus und vor allem am Holocaust bricht auf. Das können wir als eine gemeinsame Signatur sehen und, wie gesagt, diese Phase des Zerbrechens des Mythos in Österreich lässt sich sehr gut auf einen ganz konkreten Zeitraum, auf einen ganz konkreten Skandal fokussieren, und das ist die Waldheim-Debatte im Jahr 1986.

Der Auslöser der Debatte lag in Vorwürfen, dass Waldheim seine Vergangenheit falsch oder zumindest verkürzt dargestellt hätte. Konkrete Vorwürfe bezogen sich dann auf Involvierungen in Kriegsverbrechen auf dem Balkan. Allerdings bilden nicht diese Vorwürfe das Zentrum des Konflikts - eine Historikerkommission entkräftete die Verdächtigung der Teilnahme Waldheims an Kriegsverbrechen, wenngleich festgehalten wurde, dass er nicht die Wahrheit über seine Vergangenheit gesagt hatte. Der nachhaltige Knalleffekt der Debatte ereignete sich vielmehr anlässlich eines Radiointerviews, in dem sich Waldheim mit den Worten verteidigte: „Ich habe im Krieg nichts anderes getan als Hunderttausende andere Österreicher, nämlich meine Pflicht als Soldat erfüllt“³ Das war der Satz, der zu einer Spaltung der österreichischen Gesellschaft in Anhänger Waldheims und in seine Gegner geführt hat. Und was der österreichischen Laborsituation noch ein weiteres Spannungselement verleiht, ist auch der Rahmen, in dem diese Debatte stattgefunden hat: die Präsidentschaftswahl, somit die Wahl einer Person und nicht primär einer Partei; bei dieser Wahl musste man sich für oder gegen eine Person entscheiden. Das heißt, jeder, der gewählt hat, musste in dieser Diskussion entweder öffentlich oder im Familienkreis oder zumindest für sich selbst Stellung beziehen, musste sagen nein, ihn kann ich gerade wegen seiner Einstellung zum Krieg nicht wählen, oder aber ja, so ähnlich haben wir uns auch gefühlt oder so ähnlich hat mein Großvater, hat mein Vater usw. gedacht. Es gibt ein sehr bezeichnendes „Profil“-Titelblatt aus dem Jahr 1986: das zeigt Waldheims Gesicht in der Mitte geteilt, rechts eine weiße Hälfte und links eine schwarze Hälfte, als Symbol für das gesplante Land und nunmehr gewissermaßen eine historische Quelle für das emotionale Klima aus der Zeit der Waldheim-Debatte. Man könnte vermuten - und diese Vermutung hat einiges für sich -, dass einiges an der emotionalen Aufladung, an der Heftigkeit dieser Debatte auch damit zusammenhängt, dass Fotos von Waldheim in Wehrmächtsuniform gefunden und veröffentlicht wurden. Sie sehen hier ein weiteres „Profil“-Titelbild: Ein Porträt des Präsidentschaftskandidaten Waldheim und daneben einen Ausschnitt dieses bekannten Fotos, auf dem er in Wehrmächtsuniform zu sehen ist.

Der zentrale Punkt im Jahr 1986 war, dass mit Waldheims Bemerkung über die „Pflichterfüllung“ letztlich auch die Opferthese fundamental in Frage gestellt wurde, d.h. jene Aussagen, die bislang das zentrale Argument der offiziellen Geschichtsdarstellung gewesen war, wenn es um den Umgang mit der NS-Zeit ging. Dieses Diktum vom „ersten Opfer“ wurde nun gewissermaßen in einer Weise entlegitimiert, die auch die Kategorie Perspektivenwechsel, also quasi vom goldenen zum schwarzen Mythos, in sich trägt. Robert Menasse und andere haben in Reaktion darauf geschrieben, dass die Zweite Republik auf

einer „Geschichtslüge“ errichtet worden sei, nämlich der Lüge, das „erste Opfer“ des Nationalsozialismus gewesen zu sein. Nun hat sich der Vorwurf der „Geschichtslüge“ aber nicht auf eine Position gerichtet, die etwa in einem Buch, einem Film, einer politischen Rede, in einem geschichtswissenschaftlichen Buch vertreten wurde, also auf die Position einer Person oder einer Gruppe, sondern im Grunde genommen auf das Gründungsdokument der Zweiten Republik selbst, nämlich die Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945. Dort stand unter Bezugnahme auf die Moskauer Deklaration von 1943 sinngemäß: Österreich ist das erste Opfer des Nationalsozialismus – „das erste freie Land, das der Hitlerschen Aggression zum Opfer gefallen ist“-, der österreichische Staat wurde von einer feindlichen Macht von außen gewaltsam besetzt. Das österreichische Volk habe bis auf eine kleine „nazifaschistischen Minderheit“⁴ nichts mit dem Nationalsozialismus zu tun gehabt, sondern sei ihm vielmehr mit Ablehnung gegenübergestanden und habe – trotz brutaler Unterdrückung und Terror – Widerstand geleistet.

Der Punkt, an dem sich die Unabhängigkeitserklärung und Waldheims Aussage am stärksten widersprachen, ist allerdings die Haltung zum Kriegsdienst in der deutschen Wehrmacht. Es ging in der Unabhängigkeitserklärung ja nicht nur darum zu sagen, Österreich als Staat war das erste Opfer, die Österreicher waren gegen den Nationalsozialismus, wurden aber von feindlichen Mächten unterdrückt, sondern ein ganz wesentlicher Punkt war die Frage der Mitverantwortung für die Teilnahme am Zweiten Weltkrieg auf Seiten Hitler-Deutschlands. Und hier haben die Unabhängigkeitserklärung und etliche andere offizielle Darstellungen aus dieser Zeit eben postuliert, dass die Österreicher ebenso wie die Bewohner anderer besetzter Gebiete quasi gezwungenermaßen auf Seiten der Wehrmacht in einem Krieg, den kein Österreicher jemals gewollt habe, kämpfen mussten. Interessant dabei ist, und das gilt auch für andere Länder, dass die Nachkriegsmythen offenkundig genau an jenem Punkt zerbrechen, bei dem der Widerspruch zwischen dem offiziellen Geschichtsbild und seinen Gegenerzählungen - jenen Deutungen der Vergangenheit, die von den offiziellen Erklärungen abwichen, drauf wird noch einzugehen sein - am stärksten ist. In Österreich war das naturgemäß die Frage der Involvierung in die Wehrmacht. Jedes Kriegerdenkmal in einem österreichischen Dorf erzählt eine ganz andere Geschichte als die Unabhängigkeitserklärung mit ihrer Formulierung von der erzwungenen Teilnahme an einem Angriffskrieg.

Die Reaktionen auf die Waldheim-Debatte waren nicht nur negativ, sondern durchaus auch positiv im Sinne einer Chance historischer Aufklärung. Viele Intellektuelle, Historiker, Journalisten und im Bildungsbereich Tätige haben gehofft, nun werde Österreich mit seinem

„großen Tabu“ konfrontiert. Das ist auch der Titel des ersten Buches, herausgegeben von Anton Pelinka und Erika Weinzierl, in dem die Geschichtswissenschaft auf den Bruch des Geschichtsbildes reagiert hat.⁵ Ich brauche Ihnen wohl nicht zu sagen, dass gerade die österreichischen Zeithistoriker in der Waldheim-Phase sehr irritiert waren, denn dieser Bruch im Geschichtsbild ist ja nicht von ihnen ausgegangen, sondern der kam gewissermaßen „von unten“, wurde ausgelöst durch die öffentlichen Debatten um die Kriegsvergangenheit von Kurt Waldheim. In der Bundesrepublik hingegen war das anders: der Historiker-Streit des Jahres 1986 war eine Kontroverse, die von Historikern ausgegangen ist und deren Austragungsort – im Unterschied zur hochemotionalisierten Debatte in Österreich – sich weitgehend auf die Feuilletons der Zeitungen und Wochenzeitschriften beschränkt hat.

Aus heutiger Sicht zeigt sich allerdings, dass wir es nicht nur mit dem einen Tabu – Österreichs Festschreibung als erstes Opfer des Nationalsozialismus -, sondern vielmehr mit zwei Tabus zu tun haben, denn die Opferthese in der Fassung, wie wir sie von der Unabhängigkeitserklärung des Jahres 1945 kennen, hat nur für eine kurze Phase den öffentlichen Diskurs, die Gedächtnis- und Geschichtspolitik in Österreich bestimmt. Sie finden die Erklärungsmuster der Opferthese, die dann in der Waldheim-Debatte im Zentrum der Kritik stehen sollten, etwa im „Rot-Weiß-Rot Buch“ des Jahres 1945 ebenso wie in der Ausstellung des Jahres 1946 „Niemals vergessen“, auch im Staatswappen, das 1945 als Ergänzung zum Wappen der Ersten Republik die gesprengten Ketten erhielt, d.h. den Beitrag Österreichs an der Befreiung 1945 zeigen sollte, weiters in zahlreichen Widerstandsdenkmälern, die in dieser Zeit errichtet oder zumindest geplant wurden. Für die Jahre 1945-46 kann man von einem antifaschistischen Grundkonsens sprechen, der von der gesamten Öffentlichkeit, von allen gesellschaftlichen Kräften getragen wurde.

Dieser antifaschistische Grundkonsens hat spätestens in den Jahren 1947/48 im Zusammenhang mit der Reintegration der ehemaligen NationalsozialistInnen, die auch das Wahlrecht wieder erhielten, ganz entscheidende Brüche bekommen bzw. er hat sich in den folgenden Jahren de facto in sein Gegenteil verkehrt. Was sich seit dem Ende der 40er, dem Beginn der 50er Jahre durchsetzen sollte, war die populistische Variante der Opferthese, in der die Österreicher nicht als Opfer des Nationalsozialismus, sondern als Opfer des Krieges gegen den Nationalsozialismus erscheinen. Mit der Opferthese des Jahres 1945 hatte diese Opfererzählung nur einen Minimalkonsens gemein, nämlich dass das österreichische Volk mit den Verbrechen des Nationalsozialismus nicht zu tun hatte.

Die anderen Elemente der Opferthese, wie sie in der Unabhängigkeitserklärung 1945 formuliert wurde, haben allerdings in den folgenden Jahren eine starke Veränderung erfahren. Zunächst einmal das Gedächtnis des Widerstandes: 1946, in der bereits erwähnten Ausstellung im Wiener Künstlerhaus mit dem Titel „Niemals vergessen!“, wird der Widerstand als genuin österreichisch dargestellt. Wenige Jahre später ist die Berufung auf den Widerstand nur insofern noch Teil einer offiziellen Erinnerungskultur, als er einer Rhetorik nach außen dient, als Untermauerung der Argumente zur Entkräftung der so genannten Mitschuld Klausel in den Verhandlungen um den Staatsvertrag. In Österreich selbst beschränkte sich die Würdigung des Widerstands zunehmend nur noch auf die Kommunistische Partei bzw. den KZ-Verband, in Abstufungen und mit zum Teil anderer Ausrichtung wurde die Erinnerung an den Widerstand auch bei den anderen Verbänden der Widerstandskämpfer, also dem Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten getragen. Seit dem Ende der 40er Jahre wird der Widerstand jedenfalls aus der 1945 formulierten Opferthese herausgelöst und findet sich in der Folge praktisch nur noch in der kommunistischen Geschichtspolitik und Erinnerungskultur. Widerstandsdenkmäler sind ab 1947/48 kaum noch politisch durchsetzbar. Nur ein Beispiel: 1954 gab es in Salzburg eine Initiative zur Errichtung eines Widerstandsdenkmals. Die „Salzburger Nachrichten“ kommentierten die Angelegenheit ablehnend mit dem Verweis, dass KZ-Denkmäler gegenwärtig nur noch Instrumente kommunistischer Propaganda seien. Eine ganz ähnliche Haltung lässt sich bei der KZ-Gedenkstätte Mauthausen feststellen: Das offizielle Österreich wollte mit Mauthausen eigentlich nichts zu tun haben,⁶ es war de facto ein „externalisierter“ Ort auf der Landkarte der Erinnerung, ein Erinnerungsort, der sich im wesentlichen auf die internationalen Häftlingsorganisationen beschränkte.

Eine grundsätzliche Wendung nimmt allerdings auch die Frage der Beurteilung des Kriegsdienstes in der deutschen Wehrmacht. 1948/49 gibt es schon die ersten Wortmeldungen anlässlich von Denkmalenthüllungen, spätestens aber seit Beginn der 50er Jahre kommt es hier zu einer kompletten Umdeutung im Rahmen des Gefallenengedenkens. Das zeichnet sich in den Publikationen des Kameradschaftsbundes, aber auch im breiteren öffentlichen Diskurs ab – vor allem bei den so genannten Heldenehrungen, die regelmäßig beim Totengedenken am 1./2. November stattfinden. In manchen Quellen wird explizit darauf verwiesen, dass sich ab jetzt diese Einstellung zu den Gefallenen ändert: In einem Zeitungskommentar zur Errichtung des Gefallenendenkmals am Grazer Zentralfriedhof 1951 heißt es, dass sich „die

Heimat durch die Erneuerung und Neugestaltung von Kriegerdenkmälern wieder zu ihren im härtesten Kampf gefallenen Söhnen bekennt.“⁷

Zusammenfassend lautet in dieser Phase der Duktus in etwa so: Den Soldaten gebührt als treuen Söhnen der Heimat Ehre, sie sind für die Verteidigung der Heimat gegen den Ansturm der Feinde gefallen. Dieser Befund ergibt sich beispielsweise aus einer Untersuchung des Gefallenengedenkens in der Steiermark.⁸ Es ist dabei nicht darum gegangen, das Gedenken an sich zu kritisieren, sondern darum, zu zeigen, mit welcher Bedeutung diese Denkmäler in ihrer Errichtungszeit aufgeladen wurden, nämlich als Zeichensetzungen, in denen zumindest teilweise ganz deutlich die Übereinstimmung mit der Kriegsrhetorik aus der NS-Zeit zum Tragen kommt. Manchmal heißt es wörtlich „Verteidigung des Vaterlandes“, oder sogar „Verteidigung des christlichen Abendlandes“ gegen die „Feinde aus dem Osten“.

Kriegerdenkmäler sind vor allem auch Erinnerungsstätten für Angehörige, deren Grab nicht bekannt ist, d.h. ein Ort für Rituale der Trauer und des Erinnerns; diese ganz wichtige Funktion haben Denkmäler für gefallene Soldaten natürlich in allen Ländern. Das wird in den Denkmalweihen der Nachkriegszeit allerdings überlagert von den Interessen des Kameradschaftsbundes.

Auf der anderen Seite wird dadurch die Erinnerung an den Widerstand implizit, zuweilen auch ganz explizit ausgeblendet. In den meisten ländlichen Regionen finden Sie bis in die 80er Jahre, also bis nach Waldheim und zum Teil bis heute, für Menschen, die als Gegner des NS-Regimes ermordet wurden oder der Verfolgung zum Opfer gefallen sind, die zu Kriegsende als Deserteure getötet wurden, keine Erinnerungszeichen. Die zumeist vom Kameradschaftsbund initiierten Kriegerdenkmäler sind in Österreich – vor allem auch durch die breite gesellschaftliche Unterstützung bei ihrer Errichtung, Enthüllung und bei den jährlichen Ritualen der Gefallenenehrung – gewissermaßen zu einer Normalkultur des Erinnerns geworden. Kriegerdenkmäler tragen aber eine Erzählung in sich, die andere Erzählungen, nämlich die Erzählung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und der NS-Verbrechen, ausmanövriert. Was also mit dieser Form des Gefallenengedenkens überschrieben wird, ist der Widerstand, der nun gewissermaßen als Teil der kommunistischen Erinnerungskultur ein Schattendasein führt. Ein Beispiel kann das illustrieren: Ein Gedenkstein für NS-Opfer am Wiener Hotel Metropol, die Zentrale der Gestapo, konnte 1951 vom KPÖ-nahen KZ-Verband nur in einer illegalen Aktion errichtet werden, die keine Zustimmung von Seiten der Stadt Wien fand.

Es ist kein Zufall, dass Widerstand und Verfolgung, dass die Opfer des NS-Regimes kaum Eingang in das österreichische Gedächtnis gefunden haben. Einen Verweis auf die Erzählungen, die das Geschichtsbild dominiert haben, geben jene Bilder, die das österreichische Bildgedächtnis prägen. Eine der Ikonen dieses Bildgedächtnisses ist der brennende Stephansdom, er vermittelt gewissermaßen die zur „Normalkultur“ des Erinnerns gewordene populistische Variante der Opferthese – nämlich die ÖsterreicherInnen als Opfer des Krieges gegen den Nationalsozialismus. Es ist kein Zufall, dass etwa der „Österreich II“-Band von Hugo Portisch/Sepp Riff zum Jahr 1945 dieses Bild am Cover des Schutzumschlages trägt, das Bild wurde unzählige Male, auch in Schulbüchern, reproduziert. Die zweite Ikone, ebenfalls Cover eines „Österreich II“-Bandes, ist die Balkonszene bei der Unterzeichnung des Staatsvertrages im Oberen Belvedere im Jahr 1955.

Diese beiden Bilder gehören noch immer zum Grundbestand des österreichischen Bildgedächtnisses – das zeigt sich daran, dass sich auch die meisten Ausstellungen und Berichte im Gedenkjahr 2005 genau in dieser Bilderwelt bewegten, deren Erzählmuster folgendermaßen beschrieben werden kann: Die Geschichte beginnt nicht 1938, sondern bei den Zerstörungen zu Kriegsende, als die Bombenangriffe begannen und schließlich die Kampfhandlungen gewissermaßen in die „Heimat“ kamen. Nicht Befreiung, sondern Not und Zerstörung prägen das Bild des Jahres 1945, erst 1955 wurde die eigentliche Freiheit erlangt. Diese Erzählung hat praktisch keinen Bezug zur Opferthese des Jahres 1945, der Nationalsozialismus und seine Verbrechen – und damit auch der Widerstand gegen das NS-Regime – kommen nicht vor.

Wenn es 1986, durch die Waldheim-Affäre, einen Tabubruch gegeben hat, dann ist es somit ein Bruch mit zwei Opfer-Erzählungen: Die eine war die offizielle Opferthese, die eigentlich in Österreich selbst kaum bedeutsam war, sondern weitgehend auf die Selbstdarstellung nach außen beschränkt war. Dieselben Politiker, die die Opferthese nach außen hin präsentiert haben, haben oft in Österreich selbst bei Kriegerdenkmalweihen den ehemaligen Soldaten den Dank für die Verteidigung der Heimat ausgesprochen.

Auf der anderen Seite die populärkulturelle Tradition, in der ganz andere Geschichten erzählt wurden, vor allem in der regionalen und lokalen Geschichte, d.h. was wird im Dorf oder in der Familie erzählt – in der Forschung gibt es dafür den Begriff des kommunikativen Gedächtnisses. Da finden Sie zumeist nichts von der Opferthese, sondern es geht im Wesentlichen um den Krieg und zwar um das „eigene Leid“, um die Bevölkerung als Opfer des Krieges – das Leid der NS-Opfer kommt darin nicht vor. Beispiele für die Verbreitung

dieser Sichtweise zeigen sich in der Austria-Wochenschau der Nachkriegszeit, wo die Erzählung über die Vergangenheit immer wieder beginnt mit den Bombenschäden, mit dem brennenden Stephansdom, mit der brennenden Staatsoper usw.

Das ist gewissermaßen die Konstellation bis zur Waldheim-Debatte: das offizielle Geschichtsbild der Opferthese einerseits, die vielfältigen öffentlichen, halb-öffentlichen und privaten Erzählungen – oder vielmehr: Gegenerzählungen zum offiziellen Geschichtsbild andererseits. Dem Gefallenengedenken, den „Heldenehrungen“ kommt dabei eine wesentliche Schnittstelle zu: Hier verschränken sich die Diskurse, vor dem Kriegerdenkmal wird gewissermaßen offenkundig, was öffentlich sagbar ist, welches Geschichtsbild in einem Ort, in einer Region die Deutungshoheit inne hat. Denkmäler für den Widerstand und die Opfer des NS-Regimes hätten diesen Konsens – worüber gesprochen werden konnte und worüber geschwiegen werden sollte – nur gestört. Auch das ist ein Grund, warum Erinnerungszeichen für die Opfer von Widerstand und Verfolgung vielfach bis heute wenig präsent sind, wengleich seit dem Ende der 80er Jahre von Initiativen einer neuen Erinnerungskultur gerade auch in den ländlichen Regionen zahlreiche Denkmäler und Gedenktafeln errichtet wurden.

Diese Konstellation – eine antifaschistische Opferthese, die sich weitgehend auf die Selbstdarstellung nach außen beschränkt, während der öffentliche Diskurs in Österreich durch die populistische Gegenthese bestimmt ist - ändert sich in zwei Bereichen in den 60er/70er Jahren.

Die erste Änderung, nämlich eine Neubewertung des Widerstandes, beruht auf einer Intervention von innen. Anfang der 60er Jahre wird bei einigen Denkmalkonflikten – vor allem in Graz 1961 und im niederösterreichischen Maria Langegg 1963 – deutlich, wie wenig Rückhalt das Gedenken an die Opfer des NS-Regimes und damit auch das Geschichtsbild der Opferthese in der breiten Öffentlichkeit hat. Insbesondere zunehmend radikale Tendenzen im Kameradschaftsbund wurden in etlichen, auch konservativen Presseorganen zunehmend kritisch kommentiert. Als Verweis auf bedenkliche Erscheinungen einer „Renazifizierung“⁹ im ersten Jahrzehnt nach Abschluss des Staatsvertrages galt vor allem der Konflikt um eine Gedenktafel in Maria Langegg im Jahr 1963: Der niederösterreichische Kameradschaftsbund verweigerte die Teilnahme an der Weihe einer Gedenktafel, auf der neben Priestern, die ihr Leben als Soldaten gelassen hatten, auch drei Geistliche, die von den Nationalsozialisten ermordet worden waren, geehrt werden sollten. Von Seiten des Kameradschaftsbundes wurde dazu erklärt: „Die „ehrlichen Soldaten, die das Priesterkleid trugen, ihren Eid hielten und

dafür starben“, sollten nicht „mit den verschiedenen Erscheinungen gegensätzlicher Art“ gleichgestellt werden.¹⁰ Daraufhin erließ Innenminister Franz Olah ein Aufmarschverbot, damit erfolgte erstmals eine Reaktion des offiziellen Österreich auf die Entlegitimierung der Opferthese, die in dem konkreten Fall soweit ging, dass den Opfern des NS-Regimes die Ehre abgesprochen wurde. Als Reaktion des offiziellen Österreich auf diese Situation lässt sich auch die Denkmalinitiative der Bundesregierung im Jahr 1965 interpretieren: Am 27. April, dem 20. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung, wurde das erste Denkmal der Republik Österreich für die Opfer des Widerstandes im äußeren Burgtor der Wiener Hofburg seiner Bestimmung übergeben. Bei der groß angelegten Jubiläumsfeier sagte der damalige Nationalratspräsident Alfred Maleta (ÖVP): „Wir lassen uns das Haus, das wir gebaut haben, nicht in Brand stecken“. Maleta bekannte sich zur „Einbeziehung der ehemaligen Nationalsozialisten in die demokratische Gemeinschaft“, erklärte aber unmissverständlich: „Wir pardonierten Menschen, aber wir akzeptierten nicht das Geschichtsbild der nationalsozialistischen Vergangenheit.“¹¹ Dass Maleta so klare Worte fand, hängt auch mit der Affäre um Taras Borodajkewycz zusammen: Die antisemitischen und deutschnationalen Aussagen des Historikers und Professors an der Wiener Hochschule für Welthandel bei einer im TV übertragenen Pressekonferenz führten zu Demonstrationen von Anhängern und Gegnern. Bei Zusammenstößen wurde ein Demonstrant, der ehemalige kommunistische Widerstandskämpfer Ernst Kirchwegger, getötet.

Diese klare Positionierung betrifft aber nur eine schmale Schicht des offiziellen Österreich. Im Wesentlichen bestand die skizzierte Konstellation weiter, auch wenn die 68er Bewegung an den Universitäten den wissenschaftlichen Diskurs über die Vergangenheit zu beeinflussen begann. Das Engagement einer neuen Generation von Historikerinnen und Historikern richtete sich vor allem auch auf die Würdigung des Widerstandes als historischem Bezugspunkt der österreichischen Nation. Im 1963 gegründeten Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) fanden sie eine gemeinsame Plattform mit ehemaligen WiderstandskämpferInnen. In den 70er Jahren – der Ära Kreisky – beginnen die ersten großen Forschungsprojekte, entsprechende Initiativen finden Gehör und Unterstützung auch im Sinne von Forschungsförderung. In den 70er Jahren entstehen am DÖW die ersten grundlegenden Forschungsarbeiten zu Widerstand und Verfolgung in Österreich. In den 70er Jahren gelingt es auch, den Widerstand in die Schulbücher zu integrieren, was zuvor nicht der Fall war. Mein eigenes Geschichte-Lehrbuch zur Zeitgeschichte aus dem Jahr 1973 enthält beispielsweise ein Kapitel zum österreichischen Widerstand, damals wohl als „revolutionäre“

Intervention in einem Schulbuch zu betrachten, das ja durch politisch besetzte Gremien approbiert werden musste. Der Preis dafür war allerdings, dass der Widerstand gewissermaßen politisch austariert worden ist, was soweit ging, dass nicht nur Sozialdemokraten, Kommunisten und Konservative, sondern auch „enttäuschte“ Nationalsozialisten zum Widerstand gezählt wurden. De facto gab es niemanden in Österreich, der sich nicht in diese Darstellung des Widerstandes einreihen hätte können, womit natürlich ein Konsensmodell geschaffen wurde. 1978 wurde im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) die Ausstellung mit dem Titel „Der österreichische Freiheitskampf“ eröffnet. Dieser ersten und bis heute einzigen Ausstellung über die NS-Zeit in Wien (seit 2005 allerdings gänzlich neu gestaltet) liegt das Narrativ der antifaschistischen Opferthese des Jahres 1945 zu Grunde. Im selben Jahr, zum 40. Jahrestag des „Anschlusses“, gab das Unterrichtsministerium eine Broschüre für SchülerInnen mit dem Titel „Der vergessene Widerstand“ heraus. Ebenfalls 1978, fast zeitgleich mit der Ausstellung im DÖW, wird die österreichische Ausstellung in der KZ-Gedenkstätte Auschwitz eröffnet. Auch hier ist die Opferthese naturgemäß inhaltliches Leitmotiv, ikonisch bereits im Eingangsbild unmissverständlich zum Ausdruck gebracht: Sie sehen Österreich, zerstört von den Stiefeln des Nationalsozialismus, die über das Land marschieren. Dieses Bild könnte aus der „antifaschistischen Ausstellung“ 1946 stammen - 1978 steht es aber vor allem auch für eine Neubelebung der Opferthese

Zusammenfassend könnte man zuspitzen, dass Sie in den 50er Jahren, 60er Jahren in Österreich als Kommunist bezeichnet worden wären, wenn Sie gewisse Dinge gesagt hätten, die in der Gründungserklärung der Zweiten Republik vom Jahr 1945 stehen. Erst Ende der 70er Jahre wird somit das, was 1945 in der Unabhängigkeitserklärung festgehalten wurde, wieder in das öffentliche Bewusstsein implementiert, vor allem in das Geschichtsbewusstsein der jüngeren Generation.

Und genau das ist ein wesentlicher Hintergrund für die Waldheim-Debatte. Die jüngere Generation vor allem, die mit diesen Schulbüchern, mit diesem Geschichtsbild in ihrer Bildungserfahrung sozialisiert wurde – im familiären Umfeld können das ganz andere Erzählungen gewesen sein, konnte Waldheim nicht mehr verstehen. Waldheim hat später einmal in einem Interview gesagt, er habe den besagten Satz von der „Pflichterfüllung“ in der Deutschen Wehrmacht nur gesagt, weil er nicht gewusst hätte, dass man das in Österreich nicht mehr sagen darf. Das hat etwas für sich, wenn man bedenkt, dass sich genau mit diesem Satz Friedrich Peter noch 10 Jahre zuvor, 1975, ganz erfolgreich gegen Vorwürfe, in einer

berüchtigten SS-Einheit gedient zu haben und Kriegsverbrechen begangen zu haben, verteidigt hatte. Damals war das ein legitimer Satz. 1986 entsprach dieser Satz nicht mehr den Geschichtsvorstellungen vieler Österreicherinnen und Österreicher.

Dazu hat - neben der Wiederbelebung der Opferthese und des Widerstands - eine zweite Intervention beigetragen, die auf einer ganz anderen Ebene erfolgt ist. 1979, ein Jahr nachdem erstmals eine intensive öffentliche Auseinandersetzung mit dem „Anschluss“ 1938 erfolgte, wurde die US-amerikanische Fernsehserie „Holocaust“ in der BRD und in Österreich ausgestrahlt. Der Erfolg von „Holocaust“ war zunächst nicht vorauszusehen, der wurde erst klar, als die Serie im Deutschland unglaublich eingeschlagen hat. Als in Österreich einige Wochen später die Ausstrahlung erfolgte, waren ORF, Presse und nicht zuletzt relevante Deutungsinstanzen wie das Unterrichtsministerium bereits vorbereitet. Das hat nicht zuletzt zu einer Konkurrenz zur BRD geführt: Der ORF stellte binnen kurzer Zeit eine aufwändige Medienbeobachtung auf die Beine, um bei der Untersuchung der Wirkung der TV-Serie auf die öffentliche Meinung besser gerüstet zu sein als die deutschen Rundfunkanstalten, worauf man dann auch stolz verwies.

„Holocaust“ fungierte nun gewissermaßen als Intervention von außen in das österreichische Geschichtsbild. Diese TV-Serie setzte allerdings ganz andere Themen auf die Agenda der Vergangenheitsdebatte als bislang verhandelt wurden, nämlich die Frage der österreichischen Beteiligung an den NS-Verbrechen. Nachdem sich der Erfolg in Deutschland abzeichnete, war man in Österreich hektisch bemüht, Materialien für die Schulen zur Verfügung zu stellen. Wolfgang Neugebauer, der langjährige Leiter des DÖW, damals zu den jungen Historikern zählend, hat dafür im Auftrag des Unterrichtsministeriums einen Text geschrieben: „Die Österreicher und der Holocaust“. Am Titel ist schon erkennbar, dass den Österreichern in dieser Phase erst beigebracht werden musste, dass sie mit dieser Geschichte etwas zu tun haben, dass der Holocaust etwas ist, was nicht nur die Deutschen betrifft.

„Holocaust“ hat nicht nur eine neue Frage aufgeworfen, die TV-Serie hat, zumindest kurzfristig, die Emphase, das Mitfühlen/Einfühlen auf die Opfer des Nationalsozialismus gerichtet und den nationalsozialistischen Herrschaftsapparat - auch die Soldaten der Deutschen Wehrmacht - negativ als Täter oder zumindest als Zuschauer bei Massakern und Gräueltaten gegenüber der jüdischen Bevölkerung konnotiert. Es ist das erste Mal, dass sich hier die Emphase verschiebt, denn die emphatischen Opfer der Nachkriegszeit waren ja nicht

die Opfer des Nationalsozialismus, sondern das waren schon bald nach Kriegsende die „Heimkehrer“ aus der Kriegsgefangenschaft.

Damit ist eine weitere Ikone im Bildgedächtnis der Nachkriegszeit angesprochen, die Fotos der Kriegsheimkehrer, die ebenfalls vielfach reproduziert wurden. Es gibt Untersuchungen, die zu dem Schluss kommen, dass genau diese Heimkehrer-Fotos in der Nachkriegszeit die Bilder der KZ-Opfer überlagert haben.

„Holocaust“ fand auch in den Medien eine überraschend breite Resonanz – sowohl der „Spiegel“ als auch das „Profil“ brachten mehrere Titelgeschichten mit zahlreichen Fotos aus der TV-Serie, aber auch Dokumentaraufnahmen. Auch in diesen Bildern erhalten Wehrmachtssoldaten nun eine ganz andere Konnotation, eine andere Bedeutungszuschreibung als bisher: nicht als „Verteidiger der Heimat“ wie auf den Kriegerdenkmälern und nicht als bemitleidenswerte Opfer wie auf den Heimkehrer-Fotos, sondern als Beteiligte an NS-Verbrechen und am Holocaust.

Die 1979 ausgestrahlte TV-Serie „Holocaust“ hat – gemeinsam mit einer Vielzahl von Begleitdokumentationen im Fernsehen, in den Printmedien - ein nachhaltiges Einspeisen der Bilder des Holocaust in das öffentliche Bewusstsein bewirkt. Ich brauche Ihnen hier kein Bild zu zeigen, es ist ausreichend, z.B. die Rampe in Auschwitz zu nennen, um sie vor sich zu sehen, weil Sie eben schon so oft mit diesen Bildern konfrontiert wurden. All das ist ein Ergebnis der späten 70er Jahre.

Vor dem Hintergrund der beiden geschilderten Interventionen in den Nachkriegsmythos, wie er sich am Ende der 40er Jahre – unter dem Vorzeichen der gesellschaftlichen Integration ehemaliger NationalsozialistInnen und des Kalten Krieges – herauskristallisiert hat, ist die Waldheim-Debatte zu sehen – die Auseinandersetzung erfolgte allerdings 1986 nicht mit der Opferthese des Jahres 1945, sondern mit jener Fassung, die am Ende der 70er Jahre bestimmend wurde. Und es zählt zu den Paradoxien des österreichischen Gedächtnisses, dass die geschichtspolitischen Kämpfe der 60er und 70er Jahre offenkundig mittlerweile dem kulturellen Vergessen anheim gefallen waren. In diesen Auseinandersetzungen war es ja gerade darum gegangen, die antifaschistische Opferthese des Jahres 1945 gegen die in vielen sozialen Räumen weitaus wirkungsmächtigere populistische Variante der Opferthese durchsetzen – eine Erzähltradition, die durchaus Übereinstimmungsfeldern zur NS-Ideologie aufwies, etwa was den Kriegsdienst zur „Verteidigung der Heimat“ und die „guten Seiten“ des Nationalsozialismus betraf.

Was die Waldheim-Debatte jedenfalls zur Folge hatte, war eine Erosion jenes Erklärungsmodells, das seit der Unabhängigkeitserklärung die Basis des offiziellen Deutungsmusters bildete - eine Erosion, die Unsicherheit, ja Irritation auslöste. Was konnte jetzt noch als gültiges österreichisches Geschichtsbild bezeichnet werden, wenn der Präsidentschaftskandidat (und im zweiten Wahlgang gewählte Präsident) selbst die Opferthese mit seinem Bekenntnis zur „Pflichterfüllung“ in der Deutschen Wehrmacht praktisch aus den Angeln gehoben hatte? Und wenn das Argument vom „ersten Opfer“ nun als „Geschichtslüge“ firmierte?

Es ist eine interessante Konstellation, dass sich zwei Jahre nach der Waldheim-Debatte mit der 50. Wiederkehr des „Anschlusses“ im Jahr 1988 ein Rahmen eröffnete, um auf die Erosion des Geschichtsbildes und den irritierenden Verlust der Ordnungen im Haushalt der Geschichtserzählungen zu reagieren – schnell setzte sich der Terminus „Gedenkjahr“ durch.

In den Aktivitäten dieses Jahres ereignete sich genau das, was man als Ausverhandeln eines neuen Geschichtsbildes bezeichnen könnte. Dieses Ausverhandeln erfolgte einerseits auf der Ebene der öffentlichen Erklärungen – hier kann die Konsensformel der Rede, die Bundeskanzler Franz Vranitzky im Jahr 1991 vor dem Nationalrat gehalten hat, als gültige Formulierung eines neuen offiziellen Standpunktes angesehen werden: Österreich sei zwar als Staat „im März 1938 Opfer einer militärischen Aggression“ geworden, viele Österreicher haben Widerstand geleistet oder wurden Opfer der „Tötungsmaschinerie des NS-Regimes“, aber „wir dürfen auch nicht vergessen, dass es nicht wenige Österreicher gab, die im Namen dieses Regimes großes Leid über andere gebracht haben“. Vranitzky bekannte sich zur „Mitverantwortung für das Leid, das zwar nicht Österreich als Staat, wohl aber Bürger dieses Landes über andere Menschen und Völker gebracht haben.“¹²

Diese Einschränkung des Opfer-Status auf die staatsrechtliche Ebene ist nicht nur ein symbolischer Akt der Übernahme einer „moralischen Mitverantwortung für Taten unserer Bürger“ (Franz Vranitzky), sondern auch die Voraussetzung für neue Regelungen der materiellen Wiedergutmachung. Der Verweis auf den Opferstatus hatte nach 1945 immer wieder dazu gedient, Ansprüche der Opfer zurückzuweisen. Sie finden dies zum Beispiel in den 60er Jahren, als Vertreter der Jewish Claims Conference versucht haben, Wiedergutmachungszahlungen zu erlangen. Ihnen wurde von der österreichischen Regierung beschieden, dass es sich um deutsche Verbrechen handelt, mit denen der österreichische Staat nichts zu tun habe und dass Österreich daher zu keiner Wiedergutmachung verpflichtet sei.

Die in den Neuverhandlungen des Geschichtsbildes entstandene Konsensformel kann folgendermaßen formuliert werden: Als Staat ist Österreich zwar 1938 zum Opfer geworden, in der österreichischen Gesellschaft waren jedoch Opfer wie Täter. Diese Feststellung mag im heutigen Diskurs über die NS-Vergangenheit banal wirken, denn diese Begriffe zählen mittlerweile zum Mainstream des Sprechens über die NS-Zeit. Die Fokussierung auf die Positionen „Täter“ und „Opfer“ in den Vorstellungen über die NS-Gesellschaft ist allerdings relativ neu, möglicherweise könnte man sie als Popularisierung der Kategorien von Raul Hilberg, dem amerikanischen Begründer der Holocaust-Forschung, betrachten, einer seiner Bücher trägt den Titel „Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933 – 1945“ (1992). Letztlich ist das auch das gesellschaftliche Szenario der Serie „Holocaust“: die Täter, die Opfer, diejenigen, die zugeschaut haben, und die wenigen, die geholfen haben.

Diese Konstellation beginnt zunehmend die Vorstellungswelt über den Nationalsozialismus zu füllen. Sie findet sich nun auch in einem visuellen Narrativ, das mittlerweile ikonischen Status gewonnen hat: der Gegenüberstellung von zwei Bildkategorien. Fotos von den jubelnden Menschen am Heldenplatz im März 1938, die ja ganz dezidiert der Opferthese widersprechen und die bislang in den Schulbüchern praktisch nicht zu finden waren, werden jetzt zu Symbolen für die österreichische Tätergesellschaft. Dem werden die Fotos des „Anschluss“-Pogroms gegenübergestellt – als Symbol für die Leiden der Opfer der Verfolgung.

Die fotografischen Dokumente des „Anschluss“-Pogroms haben in den Neuverhandlungen des Geschichtsbildes nach der Waldheim-Debatte den Status von Ikonen des Bildgedächtnisses gewonnen – in der Fokussierung auf diese Fotos drückt sich der Perspektivenwechsel auf die NS-Vergangenheit aus, sie werden zu Symbolen für den neuen Umgang mit der Vergangenheit, für den Abschied von der Opferthese. Auf der Titelseite des „Profil“ zum Gedenkjahr 1988 (Nr. 10, 7.3.1988) finden Sie das Foto eines Jungen, der von einem Mann mit Hakenkreuz-Armbinde gezwungen wird, eine Fassade mit einer Aufschrift zu versehen – umgeben von einer beifälligen Menge, darunter viele Jugendliche. In der Fotomontage des „Profil“ wird die Aufschrift „Jud“ des Original-Fotos durch die verschränkten Jahreszahlen 1938/88 ersetzt.

Diese Photographien werden zum historischen Zeugnis für eine Sichtweise auf die NS-Vergangenheit, die über die These der bloßen Mitverantwortung der österreichischen Gesellschaft an den NS-Verbrechen hinausgeht: Sie visualisieren das, was als ein genuin österreichischer Beitrag am Holocaust bezeichnet werden kann. Das „Anschluss“-Pogrom, die spontanen Ausschreitungen in Wien, war kein gelenktes Pogrom wie im November 1938,

sondern das waren spontane, menschenverachtende Demütigungsrituale in aller Öffentlichkeit, auf den Straßen Wiens. Und damit schreibt sich Österreich nicht nur im Sinne von Mittäterschaft, sondern auch im Sinne eines spezifischen Beitrags zur Radikalisierung der Verfolgungspolitik gegen die jüdische Bevölkerung in die Geschichte des Holocaust ein.

Diese Bilder haben nicht nur Eingang in das österreichische Bildgedächtnis gefunden, sie finden sich etwa in Daniel Goldhagens Aufsehen erregendem Buch „Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust“ (1996), sie finden sich in der Ausstellung des „Ortes der Information“ des Berliner Holocaust-Denkmal. Die Bilder des „Anschluss“-Pogrom in Wien haben Eingang in das globale Bildgedächtnis des Holocaust gefunden – sie sind ein Indikator für das Einschreiben dieser Ereignisse in die Geschichte des Holocaust: als genuin österreichischer Beitrag zur Radikalisierung der NS-Verfolgungspolitik gegenüber der jüdischen Bevölkerung.

(Dieser Text wurde von der Autorin am 11.5.2007 als Vortrag im Zeitgeschichte Museum und KZ-Gedenkstätte Ebensee gehalten und ist ursprünglich erschienen in: Betrifft Widerstand. Eine Zeitschrift des Zeitgeschichte Museums und der KZ-Gedenkstätte Ebensee, Nr. 82, Juli 2007, 12-21. Das Referat der Autorin beim Symposium am 26. 4. 2007 war in seinem Inhalt an diesen Text angelehnt.)

¹ Vgl. Ernst Hanisch, Die Präsenz des Dritten Reiches in der Zweiten Republik, in: Wolfgang Kos / Georg Rigele (Hrsg.), Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1996, 33-50.

² Tony Judt, Die Vergangenheit ist ein anderes Land. Politische Mythen im Nachkriegseuropa, in: Transit. Europäische Revue (1993/1994) H. 6, 87-120.

³ Kurt Waldheim in einer Wahlbroschüre vom April 1986, zit. n. Neues Österreich (Hg.), Pflichterfüllung. Ein Bericht über Kurt Waldheim, Wien (1986) (Einband).

⁴ Proklamation vom 27. April 1945, in: Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich, 1. Mai 1945.

⁵ Anton Pelinka / Erika Weinzierl (Hg.), Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit, Wien 1987.

⁶ Bertrand Perz, Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen 1945 bis zur Gegenwart, Innsbruck u.a. 2006.

⁷ Dem Andenken der Gefallenen, in: Kleine Zeitung, 5.6.1951, 4.

⁸ Stefan Riesenfellner, Heidemarie Uhl, Todeszeichen. Zeitgeschichtliche Denkmalkultur in Graz und in der Steiermark vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Wien/ Köln/ Weimar 1994.

⁹ Walter Hacker, Warnung an Österreich, in: Walter Hacker (Hg.): Warnung an Österreich. Neonazismus: Die Vergangenheit bedroht die Zukunft, Wien- Frankfurt am Main-Zürich 1966, 9.

¹⁰ Niederösterreichische Landzeitung, F.37, 12.9.1963, zit. n. ebda, 171.

¹¹ Alfred Maleta, Wir lieben dich, Vaterland! in: Wiener Zeitung, 28.4.1965, 1f.

¹² Zit. n. Gerhard Botz / Gerald Sprengnagel (Hg), Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker, Frankfurt a.M./New York 1994 (= Studien zur Historischen Sozialwissenschaft 13), 575 f.